



# BürgerInnenbrief

6. Juni 2011

**DIE LINKE.** Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Arbeitsmarkt +++ Rad-Rambos +++ Re-Kommunalisierung +++ Schwimmen +++ Wilhelmsburg +++ Hotels +++ Berlin

## Arbeitsmarkt: rasch Umsteuern statt Kürzen!

von Joachim Bischoff



Soll künftig möglicherweise auch wegfallen: Schutessen dank Ein-Euro-Jobbern

Angesichts der immer noch schwierigen Lage am Arbeitsmarkt müsste bei den politisch Verantwortlichen aktive Arbeitsmarktpolitik einen großen Stellenwert haben. Denn auch in Hamburg ist die Wirtschaftskrise nicht nachhaltig überwunden und die chronische Langzeitarbeitslosigkeit nicht verschwunden. Nach wie vor ist die Zahl der Langzeiterwerbslosen in Hamburg zu hoch, es gibt zwar weniger Kurzarbeitslose, aber gleichzeitig immer mehr Leiharbeit und prekäre Beschäftigung!

Laut Mitteilung der Arbeitsagentur Hamburg gab es im Mai in Hamburg 73.170 Arbeitslose. Im Vergleich zum Mai 2010 sind dies zwar 2,5% weniger. Die Langzeiterwerbslosen im Hartz IV-System haben im Vorjahresvergleich allerdings kräftig um 2.388 oder um 4,7% zugenommen. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gab es zudem mit 6,4% den kräftigsten Zuwachs in der Leiharbeit.

Es ist unbestreitbar, dass auch in Hamburg die Langzeiterwerbslosen vom Aufschwung abgekoppelt worden sind. Die bisherigen Streichattaken bei den Mitteln für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wirken sich schon jetzt verheerend aus. Wenn dann für das nächste Jahr ein noch stärkerer Kahl Schlag bei den Eingliederungsmitteln von der Bundesregierung durchgesetzt wird und in einem nie da gewesenen Ausmaß Arbeitsmarktmaßnahmen gestrichen werden, haben die Langzeiterwerbslosen überhaupt keine Eingliederungschancen mehr. Und wenn dann doch in Arbeit vermittelt wird, ist es vor allem Leiharbeit, prekäre Beschäftigung und befristete Arbeit ohne Perspektive, nicht selten mit aufstockendem Hartz IV-Bezug. Damit sich die Misere nicht noch weiter verschlimmert, fordert DIE LINKE ein sofortiges Umsteuern der Hamburger Arbeitsmarktpolitik hin zu einer sinnvollen aktiven Beschäftigungspolitik mit Eingliederung in gute Arbeit

statt Förderung prekärer Beschäftigung mit endlosem Hartz IV-Bezug.

Greifen wir einen Fall heraus: Schul- und Sozialbehörde, Arbeitsagentur und team.arbeit.hamburg haben sich verständigt, dass die Schulküchen noch ein weiteres Jahr lang von Ein-Euro-JobberInnen betrieben werden sollen. An 64 Schulen sollen danach weiterhin 514 Langzeiterwerbslose in sanktionsbedrohter Zwangsbeschäftigung verbleiben. Erst in einem Jahr will der Senat – nach Möglichkeit – die Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umwandeln.

Sozialsenator Detlef Scheele begründet dies so: »Arbeitslose haben die Chance, sich durch die Beschäftigung in der Schulküche fit für den Job zu machen.« Demgegenüber ist festzuhalten, dass allein der Umstand längerer Arbeitslosigkeit nicht zur Vermittlung in eine Arbeitsgelegenheit (»Ein-Euro-Job«) berechtigt, es sei denn, hierüber kann der Einstieg in eine reguläre Arbeit ersichtlich verbessert werden. Liegen keine schwerwiegenden Integrationshemmnisse vor, ist vorrangig in reguläre Arbeit zu vermitteln. Arbeitsgelegenheiten dürfen insbesondere nicht zur Ermittlung von Schwarzarbeit, zur Prüfung der Arbeitsbereitschaft oder als bloße Hinzuerdienst-Maßnahme für Langzeitarbeitslose eingesetzt werden.

Hamburg hätte sich längst auf die neuen Kahlschlagoperationen vorbereiten müssen, um zusammen mit den qualifizierten Trägern gerade die Übernahme der Schulkantinen und die Bereitstellung eines günstigen Mittagessens für SchülerInnen durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu gewährleisten.

Aber auch in Hamburg wird nicht nur laboriert, sondern vor allem auch gekürzt. So ist denn der eigentlich erfreuliche Umstand, dass die Zahl der unterbeschäftigten Lohnabhängigen (Arbeitslose und Menschen, die nahe am Arbeitslosenstatus sind) im Vorjahresvergleich um 8.915 oder 8,1% auf nunmehr 101.307 Betroffene zurückgegangen ist, fast aus-

schließlich auf die drastische Beschneidung in der Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen. Schlimmer noch: Die Zahl der TeilnehmerInnen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung ist im April 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2.151 oder 33,1% zurückgegangen. Auch bei den Arbeitsgelegenheiten wird drastisch gespart. Im April 2011 gab es deutlich weniger Beschäftigte in Ein-Euro-Jobs als Ende 2010, ohne dass dafür irgendwelche Ersatzmaßnahmen vorgesehen sind.

Angesichts einer noch boomenden Wirtschaft streicht die schwarz-gelbe Bundesregierung alle Arbeitsmarktinstrumente rigoros zusammen und setzt darauf, dass die wirtschaftliche Dynamik ausreicht, um das Heer der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden zu verkleinern. So erhält die Arge in diesem Jahr 50 Mio. Euro weniger für Arbeitsmarktmaßnahmen als noch im Jahr 2010. 2014 werden der Arbeitsgemeinschaft dann nur noch 90 Mio. Euro überwiesen, was einer Halbierung der Mittel gegenüber 2010 entspricht.

Auf Hamburger Landesebene ist aktive Arbeitsmarktpolitik schon lange kein Gestaltungsthema mehr. So wurden die dafür zur Verfügung gestellten Mittel in den letzten zehn Jahren von etwa 120 Mio. Euro auf jetzt nurmehr 30 Mio. Euro zusammengestrichen. Und auch der neue SPD-Senat setzt offensichtlich eher auf die »Marktkräfte« denn auf politische Gestaltung, wollte er doch 2.000 der aus Landesmitteln finanzierten Ein-Euro-Jobs streichen. Nach einem Proteststurm der gemeinnützigen Träger wurde die Idee wieder einkassiert.

Die Situation der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg ist zudem gekennzeichnet durch absoluten Stillstand bis zum Sommer. Dann nämlich soll ein vom Senat gemeinsam mit team.arbeit.hamburg und der Agentur für Arbeit abgestimmtes Arbeitsmarktprogramm vorgelegt werden. Bislang ist aus den Ankündigungen des Senats nur ersichtlich, dass es verstärkte Vermittlungsbemühungen des Jobcenters team.arbeit.hamburg sowie eine Reorganisation des dortigen Arbeitgeberser-

## joachimbischoff.de

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

The screenshot shows the website interface for Dr. Joachim Bischoff. At the top, it identifies him as a member of 'DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft'. The main content area displays a list of political commentaries, with the most prominent one titled 'Die „Gagfish“ in öffentliche Hand!'. This article includes a photograph of a woman holding a sign that reads 'JMS'. The sidebar on the right provides navigation options for all contributions and various topics.

vices geben soll. Verstärkte Vermittlungsbemühungen gehen aber nur mit verbesserten Betreuungsschlüsseln und damit mehr ArbeitsvermittlerInnen und FallmanagerInnen. Das ist mit dem angekündigten Stellenstreichprogramm im Öffentlichen Dienst nicht zu machen. Auch die Bundesagentur für Arbeit hat Stellenabbau schon angekündigt. Die »Reorganisation« des Arbeitgeberservice lässt zudem eine Privatisierung dieses Vermittlungsbetriebes befürchten, um hier zusätzlich Personal einsparen zu können.

Am 25.5.2011 hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur »Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt« beschlossen. Das im Bundesrat nicht zustimmungspflichtige Gesetz soll nach Planung der Bundesregierung Anfang November 2011 in Kraft treten. Damit wird sich für Hamburg aber auch im Sommer keine Perspektive für ein Arbeitsmarktpolitisches Programm außerhalb der angekündigten Eckpunkte des Bundes mehr ergeben. Das heißt vor allem: Sparen auf dem Rücken der Langzeiterwerbslosen und erhebliche Einschränkungen bei den zusammengestrichenen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten. Der SPD-Senat wird sich in Sachen Arbeitsmarktpolitik nur im Rahmen die-

ser Kürzungen bewegen und mit Blick auf die kommenden weiteren massiven Streichungen agieren.

Der wirtschaftliche Aufschwung hat bislang nur bei den Kurzarbeitslosen (Arbeitslosengeld-I-Bezug) einen Rückgang um 20% gebracht. Die Langzeiterwerbslosen sind dagegen fast konstant geblieben. Auch im Aufschwung schaffen nur ca. 2% den Sprung in einen regulären Job. Es muss daher eigentlich gerade jetzt noch mehr Geld zur Eingliederung der Langzeiterwerbslosen in die Hand genommen werden. Stattdessen gibt es auch bei Hartz IV nur ein Sparprogramm mit immer weniger sinnvollen Angeboten.

Ein Hamburger Programm zur Beschäftigungspolitik ist überfällig. Es gilt gerade jetzt – solange die positive Konjunkturentwicklung anhält – alle nur denkbaren Chancen zu nutzen, das Problem der chronischen Langzeiterwerbslosigkeit anzugehen. Hierzu müssen umgehend die fragwürdigen Instrumente zugunsten einer sinnvollen Weiter- und Fortbildung umgeschichtet werden, und es müssen ergänzende Angebote zusätzlich zum engeren Bereich der arbeitsmarktpolitischen Eingliederungsleistungen entwickelt und durchgesetzt werden.

## StaufahnderInnen und Rad-Rambos

von Heike Sudmann



Sehen so Rad-Rambos aus?

Die Debatten mit dem höchsten Unterhaltungswert in der Bürgerschaft werden von der FDP bestritten. Besonders beim Thema Verkehrspolitik offenbart die FDP interessante Weltanschauungen.

So beklagt sie, dass die Autofahrenden seit Jahren im Stau stehen. Das sei erstaunlich, da Hamburg im Vergleich mit anderen Großstädten vergleichsweise dünn besiedelt sei. Beim Blick auf die Durchschnittswerte der EinwohnerInnen pro

Hektar hat die FDP anscheinend übersehen, dass die Hamburger Kernbereiche nördlich der Elbe locker mit der Besiedlung anderer Großstädte mithalten. Zugegeben, die Vier- und Marschlande sind wirklich dünn besiedelt, dass es dort Verkehrsstaus gibt, ist mir allerdings nicht bekannt.

Auf jeden Fall forderte die FDP den Senat u.a. auf, »alle Verkehrsstaus ab zwei Kilometer Länge nach Ort, Zeit, Länge und Ursache zu erfassen«. Vermutlich müsste für diese Er-



fassung eine neue Tätigkeit in der Verwaltung kreiert werden: StaufahnderInnen, die schnell und flexibel von Ort zu Ort eilen. Das nenne ich eine echte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

Doch sie ist völlig überflüssig, denn kein Mensch muss Verkehrsstaus zählen oder ausmessen, um Ideen für Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Wer den Straßenverkehr in Hamburg entlasten will, muss Alternativen zum Autofahren anbieten: einen gut ausgebauten Öffentlichen Personennahverkehr, der schnell und bequem die Menschen ohne lange Warte- und Umsteigezeiten von A nach B bringt; ein Fußwegenetz auch abseits von den Hauptverkehrsstraßen und attraktive und akzeptable Radwegeverbindungen.

Mit den Radwegen bzw. deren NutzerInnen hat die FDP auch so ein Problem. Schlagzeilenträchtig hat sie die Spezies der Rad-Rambos entdeckt. Unter dem Titel »Gefährdung durch Radfahrer« fordert sie u.a., die Verkehrsüberwachung der RadfahrerInnen auszuweiten. Schließlich zeige die Statistik, dass RadfahrerInnen bei den Verkehrsunfällen »Täter«

und nicht »üblicherweise Opfer« seien. Bei 40,1% der Unfälle mit »Rad«-Beteiligung seien die RadfahrerInnen HauptverursacherInnen.

Für eine Wirtschaftspartei offenbart die FDP auch hier erstaunliche Defizite beim Umgang mit Zahlen und Statistiken. Ein genauerer Blick zeigt nämlich, dass der Anteil der erwachsenen RadfahrerInnen – und die meint die FDP als Rambos ausgemacht zu haben – nur 27,6% beträgt. In mehr als 70% der Unfälle mit Rad- und Autobeteiligung sind die Autofahrenden Hauptverantwortliche. Daraus lässt sich nur ableiten, dass es eine Gefährdung von RadfahrerInnen und nicht durch sie gibt.

So ganz nebenbei stellte sich in der Debatte in der Bürgerschaft heraus, dass die FDP durch die Ausweitung der Verkehrsüberwachung auf die RadfahrerInnen parallel die Verkehrsüberwachung der AutofahrerInnen reduzieren will. Ihrem Ruf als Autopartei mit dem Slogan »Freie Fahrt für freie Bürger« wurde sie damit jedenfalls uneingeschränkt gerecht.

## Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Zum vorstehenden Beitrag passt: Hamburger Rad- und Umweltverbände mobilisieren für die große **Fahrradsternfahrt**, die diesmal am **19. Juni** stattfindet. Von insgesamt 60 Startpunkten aus werden die Straßen der Stadt erobert. Übrigens nicht nur in Hamburg, sondern auch in etlichen anderen bundesdeutschen Städten unter dem Motto »Mobil ohne Auto«. Details sind beim »Sternfahrt-Telefon« unter der Nummer 23 99 42 65 oder im Internet unter [www.fahrradsternfahrt.de](http://www.fahrradsternfahrt.de) zu erfahren.

Angelaufen ist das Volksbegehren **Unser Hamburg – Unser Netz** mit dem Ziel einer Re-Kommunalisierung der Energienetze (siehe auch den Beitrag auf der folgenden Seite). Bis zum 22. Juni müssen mindestens 62.000 Unterschriften gesammelt werden, um erfolgreich zu sein, das bedeutet im Durchschnitt 3.500 pro Tag. Also mitmachen, Material aus der BUND-Zentrale holen (Lange Reihe 29) und Argumente-Flyer verteilen und möglichst viele Menschen zur Unterschrift bewegen ([www.unser-netz-hamburg.de](http://www.unser-netz-hamburg.de))!

Über die Ergebnisse von **Recht auf Stadt. Der Kongress**, der vom 2.-5. Juni mit vielen hundert TeilnehmerInnen aus zahlreichen Städten und Ländern und über 60 Workshops in Hamburg stattgefunden hat, wird in einem der folgenden BürgerInnenbriefe informiert, erste Einschätzungen finden sich demnächst unter <http://kongress.rechtaufstadt.net>.

Die **Neue Mitte Altona** wird die stadtpolitischen Auseinandersetzungen der kommenden Jahre in ähnlicher Weise prägen wie die um die HafenCity. Wer sich für die Vorgeschichte interessiert, der- und demjenigen sei der Film **Hamburg-Altona – Ein starkes Stück** empfohlen, der die Sanierungsanfänge 1983 kritisch dokumentiert (am **9.6. um 19:00 Uhr** im Stadtteilarchiv Ottensen, Zeißstraße 28). Wer sich mit den Argumenten der Befürworter auseinandersetzen will, sollte sich den Vortrag von Hisko Gentzsch, dem Leiter Projektentwicklung aurelisReal Estate GmbH & Co. KG, zum **Entwicklungskonzept Mitte Altona** anhören (am **7.6. um 18:15 Uhr** in der HafenCity Universität, Averhoffstraße 38, Raum 372).

Seit längerem lädt Heike Sudmann Interessierte und Fraktionsmitglieder aus den Bezirken zum so genannten **Bauleutetreffen** ein. Das nächste findet statt am **17. Juni, von 16:30 bis 18:30 Uhr** im Rathaus (Raum A). Im Mittelpunkt stehen das vom Senat angekündigte Wohnungsbauprogramm und die Zielsetzungen für die sieben Bezirke, dazu wird Joachim Bischoff, wohnungspolitischer Sprecher der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE, Thesen vorstellen. Übrigens wird es in Kürze auch ein regelmäßiges **Verkehrsleutetreffen** geben, mehr dazu dann an dieser Stelle.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN lädt am **17./18. Juni** zu einer **Wohnungspolitischen Konferenz** in Berlin ein. Unter dem Titel »Die geteilte Stadt – Berlin ist überall« soll dazu beigetragen werden, »theoretisch programmatische Positionen der Partei auf dem Politikfeld Wohnen, Stadt- und Regionalentwicklung zu definieren, weiter zu entwickeln und sie in die öffentliche Debatte zu tragen«. Am 18. Juni wird Dora Heyenn die Position der Hamburger Linksfraktion darstellen. Weitere Infos und Anmeldung (bis zum 15.6.) unter [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de).

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di veranstaltet am **24. Juni von 13:00 bis 20:00 Uhr** in der Halle 13 (Sport- und Kommunikationszentrum der Hochbahn AG, Hellbrookstraße 2) eine Konferenz zum Thema **Sozial geht anders: Recht auf Stadt – Recht auf Zeit – Recht auf Leben**. Sie soll »Konflikte deutlich machen« und »Druck aufbauen, um die derzeitigen gesellschaftlichen Bedingungen zu verändern«. Infos und Anmeldung per E-Mail an [sylvia.habersetzer@verdi.de](mailto:sylvia.habersetzer@verdi.de).

## Was bringt Re-Kommunalisierung?



Zurück ins kommunale Netz holen: Kraftwerk Tiefstack

Die in der Initiative »Unser Hamburg – Unser Netz« zusammengeschlossenen Organisationen, unter anderem der BUND und RobinWood, haben insgesamt 17.726 Unterschriften für die Rekommunalisierung der Energienetze gesammelt an den Senat überreicht und damit die erste Stufe auf dem Weg zur Volksabstimmung erreicht.

Vom 2.-22. Juni findet in Hamburg daher ein Volksbegehren statt, mit dem die Energieversorgungsnetze (Strom, Gas, Fernwärme) wieder in öffentliche Hand geholt werden soll. Nach Jahrzehnten der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge auch in Hamburg besteht nun die Chance, dem etwas entgegen zu setzen. Eine einmalige Chance für die nächsten Jahre, da jetzt die Konzessionen für die Netze an die Atomkonzerne E.ON und Vattenfall in Hamburg auslaufen. Der SPD-Senat will diese Chance nicht nutzen, deswegen unterstützt auch DIE LINKE das Volksbegehren, damit der Handlungsdruck erhöht wird.

Mit den Netzen und der Fernwärmeversorgung käme – erstmalig in einer Großstadt – ein wichtiger Teil der privatisierten Energieversorgung wieder in die Öffentliche Hand zurück. Die Politik hätte damit deutlich mehr Möglichkeiten, dafür zu sorgen, dass in der Stadt Energie ohne Atomstrom, klimafreundlicher und zu sozial gerechten Preisen produziert und gehandelt wird.

Was bringt die Re-Kommunalisierung?

- Erhöhung kommunaler Einnahmen durch Konzessionsabgabe und Zuweisung der Gewerbesteuer in den örtlichen Haushalt
- Schaffung sozialversicherungspflichtiger, tariflich entlohnter Arbeitsplätze, dadurch Stärkung der lokalen Kaufkraft

- Wegfall von staatlichen Lohnzuschüssen für untertariflich bezahlte Beschäftigte
- größere Nähe zu den VerbraucherInnen, Möglichkeit zur Einführung von Sozialtarifen für Menschen mit geringem Einkommen
- flexible Anpassung an kurzfristig eintretende Bedarfe, Einsparung von Transportkosten
- hohe Akzeptanz der Rekommunalisierung: 58% der Befragten präferieren die Versorgung durch Stadtwerke (Umfrage VKU 2009)
- Unabhängigkeit- und Effizienzgewinne durch Verbindung von Verteilung und Produktion
- Förderung örtlicher bzw. regionaler Wirtschaft durch gezielte Auftragsvergabe
- Wegfall der Ausschreibungspflicht durch Inhouse-Lösungen
- Durchführung rentierlicher Investitionen
- Quersubventionierung defizitärer Bereiche (z.B. Schwimmbäder, ÖPNV) mit profitablen Sektoren (Gewinn steuerfrei)
- Kostenersparnis, Senkung von Gebühren bzw. Preisen
- Ausbau der Nachfragemacht durch Bündelung mit anderen Kommunen.

Die Netze sind bisher an Privatunternehmen vergeben. Es geht also um die Alternative: Verlängerung dieser Rechts- und Wirtschaftsstruktur oder Rückholung in kommunales Eigentum. Die Re-Kommunalisierung der Netze in Hamburg könnte ein wichtiger Zwischenschritt sein auf dem Weg zur faktischen oder formellen Etablierung eines gewichtigen Bereiches von kommunalen Stadtwerken mit vielfältigen Auswirkungen auf eine ökologische Politik, eine deutliche Erhö-

hung der Lebensqualität der BürgerInnen (Stadttrendite) und nicht zuletzt erweiterten Handlungsparametern für die regionale Ökonomie und öffentliche Finanzen.

Der damalige schwarz-grüne Senat hatte 2009 eine Machbarkeitsstudie »Überführung der Energienetze in öffentliche Verantwortung und Gründung kommunaler Stadtwerke« in Auftrag gegeben. Dem Druck des BUND ist es zu verdanken, dass diese Studie zugänglich gemacht wurde. Im Ergebnis bestätigt sie, dass eine 100%ige Übernahme durch die Stadt sinnvoll ist. Die Freie und Hansestadt Hamburg – so das Gutachten – hat bei beiden Handlungsoptionen Einflussmöglichkeiten in Form von Gesetzgebung und Erlass von Verordnungen sowie als Konzessionsgeber und als genehmigende Behörde. Nur die Option Re-Kommunalisierung bietet jedoch darüber hinaus die Gewähr, als Gesellschafter tatsächlich die Geschäftspolitik zu bestimmen und somit eine Energieversorgung im Sinne der Klimaschutzziele Hamburgs sicherzustellen. Die Gutachter empfehlen Hamburg daher die Umsetzung der Option Re-Kommunalisierung!

Umstritten sind in der politischen Debatte nach wie vor die Ermittlung eines Kaufpreises für die Netze sowie deren Finanzierbarkeit. Grundlage zur Kaufpreisfeststellung ist der durch Sachverständige zu ermittelnde Wert der rückzukaufenden Netze. Zur Bewertung werden sowohl die Sach- als auch die Ertragswerte herangezogen. Das Fazit aus den Berechnungen lautet: Der Kaufpreis auf Basis des kalkulatorischen Restwertes lässt sich aus den laufenden Erträgen bzw. Erlösen erbringen. Eine Lösung für die Freie und Hansestadt Hamburg, wie sie auch von den Gutachtern empfohlen wird, ist das Andocken der Energienetze (unter dem Dach von »Hamburg Energie«) an »Hamburg Wasser«. Die zentralen Argumente dafür sind:

- Hamburg-Wasser hat viele Jahre Erfahrung mit der Installation, dem Betrieb sowie dem Ausbau von kommunalen Versorgungseinrichtungen
- logistische Voraussetzungen sind gegeben

- Rückbesinnung auf die Stärkung ehemaliger Stadtwerkstrukturen
- die Daten von Hamburg Wasser signalisieren ausreichend Bonität sowohl für Kreditnehmereigenschaft als auch Kapitaldienstfähigkeit.

Die von der SPD bisher favorisierte Lösung ist der Vorschlag Vattenfalls, sich mit 25,1% am Netz kapitalmäßig zu beteiligen. Viele Argumente sprechen gegen eine solche Kapitalbeteiligung. Zum vergleichbaren Beteiligungsangebot an der Schleswig-Holstein Netz liegt eine gutachterliche Stellungnahme vor, die sich kritisch mit einer solchen Option auseinandersetzt:

- E.ON verschaffe sich durch den Verkauf der Aktien an der Schleswig-Holstein Netz AG neue Liquidität, ohne nennenswerten Einfluss auf die Schleswig-Holstein Netz AG zu verlieren, und sichere die Konzessionen; es handle sich hierbei um eine reine Kapitalbeteiligung
- die kommunalen Einflussmöglichkeiten seien gering, wenn sie auch etwas über den gesetzlichen Mindeststandard hinaus erweitert wurden. In der Aktiengesellschaft leite der Vorstand unter eigener Verantwortung die Geschicke der Gesellschaft (§ 76 Abs. 1 AktG). Dieser werde ausschließlich durch die E.ON Hanse AG bestimmt.
- Das Beteiligungsangebot der E.ON Hanse AG habe mit der Frage, ob Kommunen die Energieversorgung wieder als Teil der Daseinsvorsorge selbst in die Hand nehmen wollen, nichts zu tun.

Als Fazit kann festgehalten werden:

- Sämtliche Gutachten und Studien kommen zum Ergebnis, dass eine 25,1%ige Beteiligung an externen Energieversorgern keine Lösung ist.
- Die Gutachten und Studien sowie alle Berechnungsergebnisse sprechen für ein 100%-Engagement, also eine vollständige Re-Kommunalisierung.
- Der Kaufpreis aus einem 100%-Rückkauf der Netze lässt sich problemlos aus sich selbst heraus finanzieren.

## Nur wer oben schwimmt, hält sich über Wasser!

Am 27. März 2009 meldete BILD Hamburg, dass 43% der Hamburger GrundschülerInnen bis zum Ende der vierten Klasse nicht schwimmen lernen. Am 27. Mai 2011 ist im Hamburger Abendblatt zu lesen, dass die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) nach einer aktuellen Erhebung davon ausgeht, dass immer noch 43% der ViertklässlerInnen nicht schwimmen können. Seit mehr als zwei Jahren hat sich daran offenkundig nichts geändert, außer dass die Regierenden den Skandal offenbar ohne Umschweife zu den Akten gelegt, jedenfalls keinerlei Konsequenzen daraus gezogen haben.

Dass im Hamburger Durchschnitt fast die Hälfte der GrundschülerInnen das Schwimmen nicht erlernt, ist eigentlich schon nicht hinzunehmen. Dass aber auch an diesem Punkt die soziale Spaltung der Stadt besonders krass zum Ausdruck kommt, ist mehr als ein Skandal: Im Bericht vom März 2009 hieß es, dass an Volksdorfer Schulen 78 bis 100% diese über-

lebenswichtige Grundfertigkeit erlernen, in vernachlässigten Stadtteilen wie Billstedt und Wilhelmsburg dagegen bis zu 95% nicht. Im Abendblatt-Artikel von Ende Mai 2011 werden die Viertel Volksdorf und Blankenese angeführt, in denen bis zu 100% der SchülerInnen bis zum Ende der vierten Klasse den »Freischwimmer« machten, in abgehängten Stadtteilen könnten sich dagegen »häufig nur weniger als 5% der etwa Zehnjährigen über Wasser halten«, so die fast schon zynisch klingende Bilanz des DLRG-Präsidenten Heiko Mählmann.

Wenn man böse wäre, könnte man sagen, dass es den Verantwortlichen offenbar über Jahre hinweg egal ist, ob jemand absäuft, denn das wird sicher nicht in Volksdorf oder Blankenese passieren...

Diese Zahlen werfen ein Licht auf den völlig ungenügenden Schwimmunterricht, der laut Lehrplan eigentlich in der dritten oder vierten sowie in der sechsten Klasse pflicht-





Wenn du arm bist, musst du eher ertrinken?

gemäß angeboten werden muss. Die Hiobsbotschaften von 2009 haben gerade noch dafür gesorgt, dass Hamburgs Lehrschwimmbecken nicht komplett abgeschafft wurden. Nach wie vor ist aber eines von acht nicht in Betrieb und die anderen sind de facto in private, vereinseigene Zuständigkeit übergegangen. Die Stadt Hamburg kümmert sich nicht mehr selbst um die Schwimmbildung. Es wäre erheblich mehr öffentlicher Einsatz nötig gewesen, um vor allem den Kindern von einkommensschwachen Familien, die sich keine privaten Schwimmkurse erlauben können, das Schwimmen beizubringen.

Das ist nicht passiert und deshalb hat sich die Situation in den vergangenen zwei Jahren um keinen Deut verbessert. Stattdessen wird für Zehntausende Euro eine Sportentwicklungsplanung betrieben, träumen einige schon wieder von Olympia, definiert die Handelskammer Hamburg »eine auf den Leistungssport orientierte Sportstadt« – aber die Kin-

der in den benachteiligten Quartieren lernen nicht einmal Schwimmen! Was für ein Armutszeugnis.

Wer das Schwimmen aus dem schulischen Unterricht outsourct, oft nicht einmal die vorgeschriebene Stundenzahl erreicht, wer Bäder schließt und die Eintrittspreise hochtreibt (z.B. im Bille-Bad von 4,00 Euro im Jahr 2005 auf 5,10 Euro im Jahr 2010), muss sich über die glatte Sechse für die Freie und Sportstadt Hamburg im Fach Schwimmenlernen nicht wundern. Deshalb wird der Senat in den kommenden Tagen auf eine Schriftliche Kleine Anfrage reagieren müssen, die seitens der LINKEN eingereicht wurde. Je nachdem wie die Antworten ausfallen – zu Optimismus besteht auch in diesem Punkt kein Anlass –, werden wir schnellstmöglich einen Antrag auf Bürgerschaftsebene nachlegen, um die unhaltbaren Zustände abzustellen. Dafür werden wir das Gespräch mit Betroffenen und Verbänden suchen und auch vor Ort für Veränderungen mobilisieren.

## Überschüssige Hotelkapazitäten auslasten!

Verschiedenste Initiativen und auch DIE LINKE in Hamburg kämpfen seit Jahren dafür, dass endlich wieder genügend und vor allem bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Durchschnittlich 3.000 waren es in den vergangenen Jahren, nicht einmal die Hälfte der Wohnungen und damit nicht nur Übernachtungsmöglichkeiten für Menschen der Stadt mit eher geringerem Einkommen, die dringlich benötigt werden.

Ein ganz anderer Bereich, Rendite versprechend, zeigt, wie es auch und offenbar sehr viel schneller geht: die Hotellerie. Eine Anfang Juni von der Immobilienmaklerfirma »Engel & Völkers Commercial« vorgelegte Analyse zum »Hotelmarkt Hamburg« führt »beeindruckende« Zahlen an: Danach habe Hamburg im vergangenen Jahr 4,7 Mio. Gäste (Ankünfte) ver-

zeichnet (davon 20,7% aus dem Ausland), die insgesamt 8,95 Mio. Übernachtungen in den 312 registrierten Betrieben gebucht hätten. Die Übernachtungszahlen seien in den letzten beiden Jahrzehnten um 145%, allein seit 2001 um 73% angestiegen, so viel wie nirgendwo sonst. Der Bruttoumsatz habe 2009 rund 6,6 Mrd. Euro betragen, erwirtschaftet von 130.000 Vollzeitbeschäftigten.

Doch obwohl der Zuwachs an Betten laut dem Papier von Engel & Völkers enorm ist – im Jahre 2000 gab es davon 27.700, 2010 waren es bereits 45.800 – und der Auslastungsgrad in den Hotels seinen Zenit von 56,0% (2007) offensichtlich überschritten hat, wie die Zahlen auf den darauf folgenden Jahren dokumentieren (2008: 53,8%, 2009: 53,2%, 2010: 54,2%),

werden immer mehr und größere Übernachtungshäuser geschaffen. Die sicher unvollständige und nur die großen Häuser erfassende Studie benennt folgende Hotelneubauten bzw. -eröffnungen für dieses und die nächsten Jahre:

- 25 hours, Überseeallee, 170 Zimmer, ab Sommer 2011
- Design & Style, Steindamm, 169 Zimmer, ab Sommer 2011
- Dorint UKE, Martinstr., 195 Zimmer, ab Sept. 2011
- Generator Hostel, Steintorplatz 3, 700 Zimmer, ab Herbst 2011
- Westin Hamburg/Arabella Sheraton in der Elbphilharmonie, 250 Zimmer, ab 2012 (?!?)
- ARCOTEL Hamburg Onyx (Tanzende Türme), Reeperbahn, 215 Zimmer, ab 2012
- Indigo, Reeperbahn/Heiße Ecke, 94 Zimmer, ab 2012
- Hotel Stadthöfe, ?, 160 Zimmer, ab 2012
- Barceló Hotel, Ferdinandstr., 193 Zimmer, ab Frühjahr 2012
- Scandic Hotel, Valentinskamp, 325 Zimmer, ab Ende 2012
- Citadines Apart Hotel, Teilfeld, 128 Zimmer, ab 2013
- Acomhotel, Högerdamm, 257 Zimmer, ab 2. Quartal 2013
- Cameron Collection, Am Sandtorkai, 190 Zimmer, ab 2013
- Stadthaushotel HafenCity, ?, 90 Zimmer, ab 2013
- EuroHotel, Bramfelder Chaussee, 240 Zimmer, ab ?
- EuroHotel, Ohlsdorf, 160 Zimmer, ab ?

Wenn man alleine die Hotelbetten zusammenzählt, die in den kommenden Jahren dazukommen, ergibt das die stolze Summe von 3.400, dabei sind kleinere Neubauten noch nicht einmal berücksichtigt. Da werden mit Unterstützung der Tourismus-Zentrale und auch von Behörden der Stadt Hunderte von Millionen Euros und riesige Baukapazitäten verpulvert, um noch weitere Hotels zu errichten. Obwohl nur die Hälfte der vorhandenen Betten im Durchschnitt belegt ist, kommen Tausende dazu. Die Wohnungsnot dagegen, überfüllte Übernachtungsstätten für Obdachlose, explodierende Mieten etc. kriegen die politisch Verantwortlichen nicht in den Griff.

Wie wäre es zum Beispiel, wenn die freien Hotel- und Pensionskapazitäten sofort den Menschen zur Verfügung gestellt würden, die sie bräuchten? Das müsste doch bei 45.800 vorhandenen Hotelbetten und einer Auslastungsquote von zuletzt 54,2% bedeuten, dass immer um die 22.000 Betten im Durchschnitt als Unterkunft zur Verfügung stünden?! Damit könnten wir die Wohnungsnot zumindest der Menschen ohne Obdach lindern und die mit einem Dringlichkeitsschein schon mal von der Straße kriegen. Und für ein wenig sozialen Frieden in der Stadt sorgen. Aber das würde dann doch zu weit führen und – wir antizipieren die Gegenargumente der entsprechenden Institutionen – das Ansehen des Tourismus-Standorts Hamburg schmälern.



Als Hotels noch Motels und ausgelastet waren



## Reichsstraßenverlegung kommt – kommt nicht?



Wilhelmsburger Mitte-Perspektiven, IBA-Luftbild, ergänzende Einträge von M. Rothschild

Schon seit Jahren wehren sich die ElbinsulanerInnen gegen die Verlegung und den Ausbau der Wilhelmsburger Reichsstraße zur Quasi-Autobahn. Was unter Grün-Schwarz begonnen wurde, soll nun offenbar unter dem neuen SPD-Senat realisiert werden. Trotz massiver Bevölkerungsproteste und etwa 150 Einwendungen gegen die Verlegung wird an der Planung festgehalten. Im Spätsommer dürfte das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen werden, mit dem Baubeginn wird im Oktober 2011 gerechnet. Doch das ist, wie vor allem der Verein Zukunft Elbinsel seit längerem unterstreicht, ein sicherer Beleg, dass die Fertigstellung erst im Jahre 2014 erwartet werden kann. Zu spät für die »Internationale Bauausstellung« (IBA) und die »internationale Gartenschau« (igs). Schon schiebt die CDU der SPD die rote Karte zu, als wenn sie nicht bis vor kurzem selbst im Verbund mit der GAL für das gescheiterte »Beteiligungsverfahren« und die mangelhaften Planungen verantwortlich gewesen wäre.

Wenn nicht einmal das »Hauptziel« – die Verlegung der Reichsstraße bis zum Beginn der Ausstellungen, koste es, was es wolle – erreicht werden kann, dann müsste doch eigentlich auch beim amtierenden Senat die Einsicht wachsen, endlich das von den Initiativen geforderte und von der ehemaligen Behördenleitung versprochene städtebauliche und verkehrliche Gesamtkonzept für Wilhelmsburg (und auch für die mitbetroffenen Stadtteile Harburg und Veddel) vorzulegen und

öffentlich zu diskutieren. Es ist allerdings zu befürchten, dass auch die SPD BürgerInnenbeteiligung eher klein schreibt.

Deutlich wird das auch am Beispiel des »Leuchtturms« Behördenneubau vis à vis zum S-Bahnhof Wilhelmsburg. Innerhalb der Regierungsfraktion gibt es Irritationen, wie mit dem als superökologischen Vorzeigebau geplanten Komplex (für über 1.000 Beschäftigte der inzwischen um den Bereich Verkehr gekappten Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) in Zukunft umgegangen werden soll. Die neue Senatorin Jutta Blankau hat auf einer Veranstaltung der Patriotischen Gesellschaft Mitte Mai lediglich zugesagt, dass »zu Ende« gebaut wird. Wer und ob überhaupt eine Behörde nach Wilhelmsburg zieht, ließ sie offen – zum Leidwesen der versammelten IBA- und igs-VertreterInnen.

Nicht nur dieses Projekt wäre in der Tat zu überdenken, die Verkehrssituation insgesamt böte eine gute Möglichkeit, endlich in einen wirklich ernst gemeinten Dialog mit den WilhelmsburgerInnen auf Augenhöhe einzutreten. Dazu müsste mit ihnen gemeinsam nach einer langfristig vernünftigen Lösung gesucht werden. Vorschläge dazu haben die BürgerInnen bereits entwickelt: Der Schwerlastverkehr müsste und könnte durch einige wenige Verkehrsschilder von der Georg-Wilhelm-Straße auf die Straße Schmidts Breite verlagert und damit um das Zentrum des Stadtteils und auch um die Veddel herumgeführt werden. Das Tempo auf der Wilhelmsbur-

ger Reichsstraße wäre ohne Schwierigkeiten auf 50 km/h zu drosseln usw. Solche Maßnahmen würden die WilhelmsburgerInnen kurzfristig entlasten, verlorengegangenes Vertrauen wiederherstellen und Raum schaffen für die Debatte, wie es mit den Verkehrsplänen insgesamt weitergehen soll.

Doch ob sich der neue Senat auf solche Überlegungen überhaupt einlässt, darf zumindest mit Skepsis betrachtet werden. Insofern bleibt den InsulanerInnen nichts anderes übrig, als

weiterhin auf die negativen Auswirkungen der Reichsstraßen-Verlegung aufmerksam zu machen, wie es zum Beispiel Michael Rothschuh (Zukunft Elbinsel) mit den Einwänden gegen »Deutschlands gefährlichste Doppel-Trasse von Bahn und Schnellstraße« in einem Flyer getan hat, aus dem wir im Folgenden mit freundlicher Genehmigung des Autors ausführlich zitieren (mehr auf der Website [www.wilhelmsburger-reichsstrasse.de](http://www.wilhelmsburger-reichsstrasse.de)):

## Deutschlands gefährlichste Doppel-Trasse von Bahn und Schnellstraße

### Kein Sicherheitsabstand!

Wenn Eisenbahnen und Fernverkehrsstraßen parallel zueinander gebaut werden, werden Sicherheitsabstände festgelegt. Bei der Neubaustrecke Wendlungen-Ulm und der parallelen BAB 8 sind dies z.B. 26,5m. Ausgerechnet in der dicht bewohnten Mitte Wilhelmsburgs will man zwischen eine zehngleisige Bahn – mit einem hohen Anteil von Gefahrguttransporten – sowie den hoch frequentierten Bahnhof im Osten und die neu gebauten Behörden, Freizeitanlagen und Pflegeeinrichtungen im Westen noch die zur Autobahn ausgebaute Wilhelmsburger Reichsstraße quetschen.

### Fluchtwege führen auf die Autobahn!

Zwischen S-Bahn, Fern- und Güterbahn sowie Autobahn sollen hohe Lärmschutzwände stehen. Für die Fluchtwege sind im Abstand von 1.000 Metern (!) Türen in den Lärmschutzwänden vorgesehen, der Fluchtweg von der Fernbahn aus soll dabei direkt auf die Wilhelmsburger Reichsstraße führen.

### Rettungswege gibt es nicht!

Wie kommen Rettungsfahrzeuge und -flugzeuge bei einem Unfall zu den Menschen? Zwischen Bahn und Autobahn ist nicht einmal ein Weg für Rettungsfahrzeuge vorgesehen.

Es gibt überhaupt kein Sicherheitskonzept: Was passiert, wenn

- ein Zug evakuiert wird und die Menschen in Panik geraten?
- ein Lastwagen durch die Lärmschutzwand auf die Bahn ausbricht?
- ein Güterzug mit Benzin auf die Straße gerät?
- es auf der Straße oder Bahn brennt?

## Von Wilhelmsburg in die Welt

Unter diesem Titel veranstaltet Burkhard Kleinke in Zusammenarbeit mit anderen interessante Rundgänge durch den Stadtteil. Neben »Touren rund um die Insel«, auf denen die große Insel im Fluss mit ihrer landschaftlichen Schönheit, ihrer Industrieromantik und ihrem Charakter als Wohnort vorgestellt wird, springen die Veranstalter aber auch »zurück über die Elbe und erleben Hamburg und Harburg auf vielfältige Art und Weise unterstützt durch unsere versierten TourenleiterInnen«.

Im Juni leitet Burkhard Kleinke konkret zwei Rundgänge:

Am **Samstag, den 4.6. um 14:00 Uhr**, den **Hamburger Theaterrundgang** mit Geschichten über die Innenstadttheater (u.a. Oper und Ohnsorg-Theater), inklusive einer Besichtigung des Thalia Theaters (Treffpunkt vor dem Deutschen Schauspielhaus Hamburg, Kirchenallee 39, gegenüber dem Hauptbahnhof).

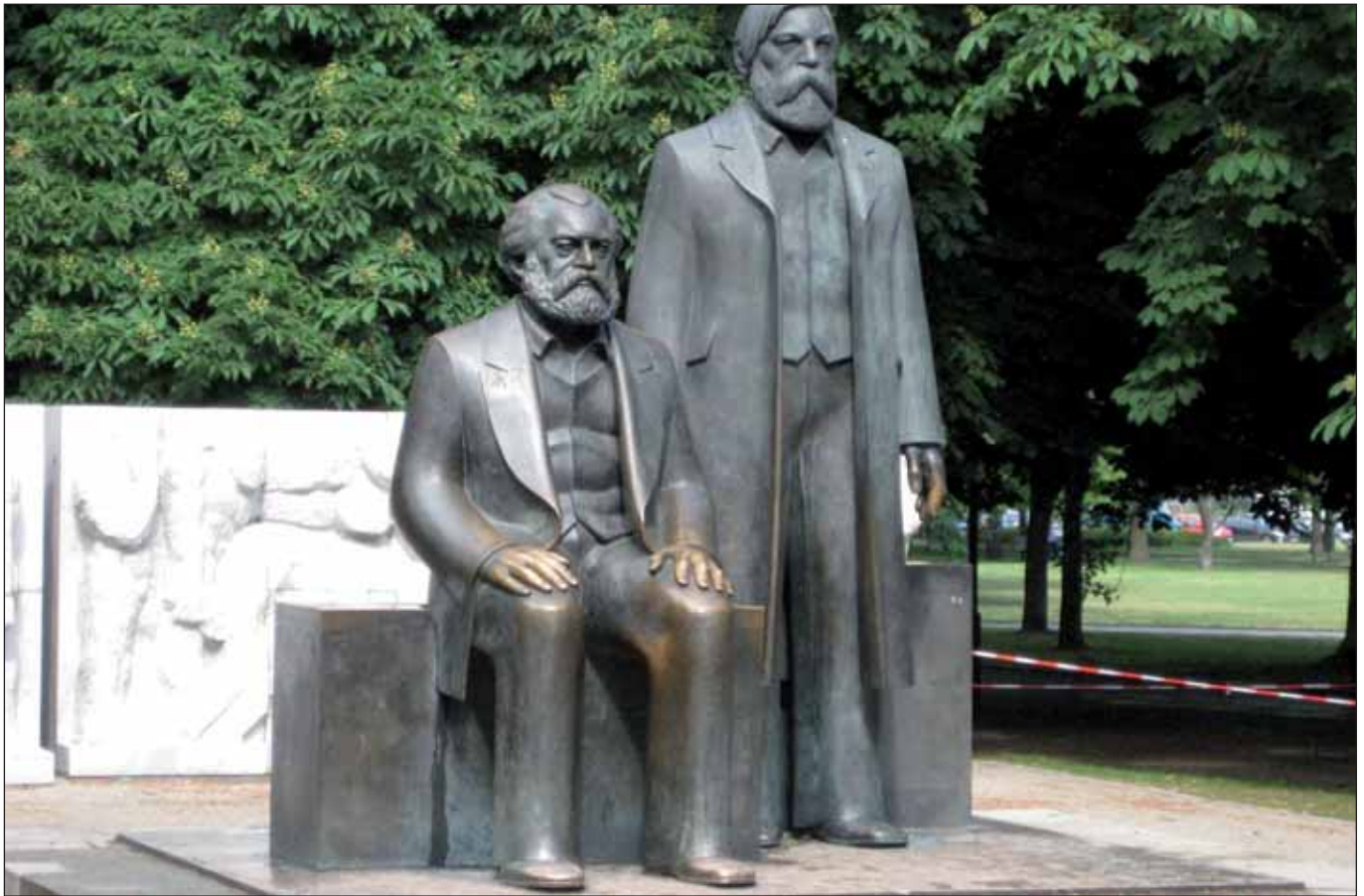
Am **Pfingstmontag, den 13.6.**, ebenfalls um **14:00** geht es um **Jüdisches Leben im Grindel/Rotherbaum**. Treffpunkt: Dammtorbahnhof vor dem Reisezentrum.

Am Schluss gibt es in der Regel eine Einkehrmöglichkeit, um Erlebtes und Erfahrenes gut zu verdauen. Das komplette Programm mit festen, aber auch individuellen Touren findet sich unter [www.wilhelmsburg-touren.de](http://www.wilhelmsburg-touren.de).



# Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin!

Von Michael Joho



Diese Herren wurden natürlich auch besucht

Es sollte ein kleiner Einblick in die Hauptstadt und das Treiben im Bundestag werden, und das war es denn am 19. und 20. Mai auch. Mit knapp 40 TeilnehmerInnen fuhren wir per Bahn auf Einladung von Jan van Aken, des Hamburger Bundestagsabgeordneten der LINKEN, nach Berlin. Alle ParlamentarierInnen können pro Jahr drei Gruppen aus ihrem Wahlkreis einladen, um sie im Rahmen einer politischen Informationsreise in die Gepflogenheiten des parlamentarischen Alltags, aber auch die kulturell-politischen Höhepunkte der Bundeshauptstadt einzuführen. Finanziert und organisiert wird diese Unternehmung vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Am Donnerstag kamen wir im sonnenüberstrahlten Berlin an, suchten zunächst das »Dokumentationszentrum Topographie des Terrors« auf, nach dem Mittagessen am Hackeschen Markt ging es auf einen alternativen Stadtrundgang (»Berlin subversiv«). Immer wenn ich in den vergangenen Jahren durch die Straßen von Berlin-Mitte gegangen bin, hatte ich eine klare Vorstellung davon, dass Hamburg im Vergleich dazu ein bisschen wie Provinz wirkt: So breite Straßen, repräsentative Bauten und ein so freakiges Publikum mitten in der City kenne ich aus der Elbmetropole nicht. Und kaum zu toppen, allemal für mich als Historiker, sind die verschiedenen Orte, an denen Geschichte greifbar wird: Wir schauten mi-

nutenlang auf das ehemalige Portal des Berliner Schlosses, dass die DDR-Regierung in ihr Staatsratsgebäude integriert hatte und von dessen Balkon aus Kaiser Wilhelm II. 1914 die Berliner Bevölkerung auf den Ersten Weltkrieg einstimmte und Karl Liebknecht dann am 9. November 1918 die »freie sozialistische Republik Deutschland« ausrief. Philipp Scheidemann (SPD) proklamierte am gleichen Tag von einem Balkon des Reichstagsgebäudes »die freie deutsche Republik«...

Die letzte Station des Tages war das Jüdische Museum. Der beeindruckende Bau von Daniel Libeskind schlägt selbst diejenigen immer wieder in den Bann, die schon häufiger am diesem Ort waren. Die außerordentlich beeindruckende Ausstellung lässt kaum eine Facette jüdischen Lebens in Deutschland in den vergangenen Jahrhunderten aus. Ich nutzte die Gelegenheit, zwei, drei aktuelle Installationen intensiver zu betrachten. Gern würde ich mich mal eine Woche lang auf die Spuren jüdischen Lebens in Berlin begeben und dabei dem Museum einen ganzen Tag widmen. Auch andere TeilnehmerInnen würden sich diesem Vorhaben anschließen.

Nach dem Museumsbesuch zogen wir zum Prenzlauer Berg, um dort zu Abend zu essen und uns anschließend mit einer kleineren Gruppe zu einer Szenekneipe aufzumachen. Hier eröffnete sich die Chance, in angeregter Atmosphäre die Eindrücke Revue passieren zu lassen, aber auch über die Verhält-



nisse in Hamburg zu reden. Mittlerweile war auch Joachim Bischoff eingetroffen, der zusammen mit Heike Sudmann noch eine Bürgerschaftssitzung zu absolvieren hatte. Das Bier ist in der Hauptstadt übrigens günstiger als bei uns!

Für mich persönlich die spannendsten Programmpunkte folgten am nächsten Tag. Ein Treffen mit Harald Wolf, seit Beginn der rot-roten Koalition für DIE LINKE in der Berliner Landesregierung und zur Zeit Wirtschaftsminister und Zweiter Bürgermeister, im Rathaus Schöneberg. Obwohl ich selbst deutliche Vorbehalte gegenüber der von der LINKEN mitverantworteten Privatisierung öffentlichen Wohnungsbestandes habe, konnte Harald Wolf deutlich machen, welche finanzielle Dramatik nach der Katastrophen-Ära Eberhard Diepgens (CDU) im Jahr 2001 vorlag. Dennoch, so räumt er heute ein, war der Verkauf einiger tausend Wohnungen damals ein großer Fehler, und die Unterschätzung der Wohnungsfrage, die auch in Berlin zu Gentrifizierung und Mietpreisexplosion führt, erinnert fatal an Entwicklungen in Hamburg.

Eine intensivere Diskussion des Themas war wegen der knapp bemessenen Zeit des Senators und vor allem der nächsten Termine im Bundestag nicht möglich, was von vielen bedauert wurde. Wir zogen also zum Reichstagsgebäude. Massen von Menschen und Gruppen waren mit uns an diesem Freitagmittag dort, ganz offensichtlich übt das Haus auch Jahre nach Umbau und Verhüllung durch Christo eine große Faszination aus. Dort trafen wir mit unserem Gastgeber, Jan van Aken, zusammen, was nicht nur richtig interessant, sondern vor allem auch nett war.

Beeindruckt von den heiligen Hallen des deutschen Parlamentarismus war es für mich erleichternd, Jan lächelnd und im weißen T-Shirt zu erleben. Mir gefiel es besonders, im Clara-Zetkin-Saal der Linksfraktion Platz nehmen und eineinhalb Stunden mit »unserem« Abgeordneten sprechen zu können. Hier berichtete ein engagierter linker Parlamentarier aus erster Hand über Bundestagsallüren, drohende Anpassungserscheinungen, Schaukämpfe im Plenum und in den Ausschüssen usw. Zum gemeinsamen Fotoshooting ging es dann auf das Dach des Reichstagsgebäudes und von dort in

die architektonisch bemerkenswerte Glaskuppel. Der weite Blick über Berlin war schon klasse, zumal wir mit dem Wetter ausgesprochen Glück hatten!

Zu guter Letzt statteten wir noch dem Deutschen Historischen Museum an der geschichtsträchtigen Straße Unter den Linden einen Besuch ab. Auch hier wurde allen sofort klar: Das ist in anderthalb Stunden überhaupt nicht zu schaffen! Kein Wunder, denn hier ist eine Ausstellung über die deutsche Geschichte par excellence zu sehen. Ich beschränkte mich auf die Novemberrevolution 1918 und die Entwicklung nach 1945. In diesem Museum habe ich dann erstmals einen kompletten Satz der »Encyclopédie« (1751-1772) von Denis Diderot in der Vitrine gesehen, zwei Meter komprimiertes Wissen, das die Ära der Aufklärung und Vernunft begleitete, mit deren prägenden Folgen wir bis heute zu tun und zu schaffen haben (von der Durchdringung kapitalistischer Wirtschaftsmechanismen bis hin zum iPhone: alles eine Folge von begriffenen Gesetzen und angewandter Wissenschaft). Ein anderer Teil der Gruppe besuchte die Sonderausstellung zur Rolle der Deutschen Polizei in der NS-Zeit.

Noch voller Eindrücke ging es dann zum Abendessen und gegen 20 Uhr auf die Rückreise gen Hamburg. Vermutlich waren alle so erschöpft wie ich, das Herumlaufen und das Aufnehmen immer neuer Informationen zehrten doch etwas an der Substanz. Abwechslungsreich, aber doch immer viel zu kurz und deshalb dazu herausfordernd, mehr Zeit mit diesen Eindrücken und Informationen zu verbringen. Schön war auch, dass sich viele aus der Gruppe kannten und es genossen haben, mal einen gemeinsamen Ausflug zu unternehmen. Der Bundestag und auch Berlin sind dadurch jedenfalls, so mein subjektives Gefühl, schon ein wenig näher gerückt – was schließlich auch intendiert war.

Wer wieder einmal auf diese Weise nach Berlin fahren möchte, sollte sich im Hamburger Wahlkreisbüro von Jan van Aken bei Annette Sawatzki (Wendenstraße 6, Tel. 280 56 546) melden. Dir, liebe Annette und auch Kerstin sei an dieser Stelle herzlich für die Organisation der anregenden Fahrt gedankt!



Delegationsleitung im Clara-Zetkin-Saal

## Der Aufbruch des Bildes



Gebrauchsgrafik im Jugendstil

Im Museum für Kunst und Gewerbe (Brocksesstraße) ist seit kurzem die Ausstellung **Grafikdesign im Jugendstil**, also aus der Zeit um 1900, zu bewundern. Insgesamt mehr als 350 Grafiken präsentiert das Museum, das weltweit mit seinen ca. 15.000 Blättern aller Art (Plakaten, Kalenderblättern etc.) über eine der größten Sammlungen von Gebrauchsgrafik insgesamt verfügt. Die Präsentation, die noch bis zum 28. August zu besichtigen ist, trägt den Untertitel »Der Aufbruch des Bildes in den Alltag«, mit dem das öffentliche Erscheinungsbild des revolutionierenden Jugendstils in Form von Werbung und Buchillustrationen auf den Punkt gebracht werden soll. Gezeigt werden entscheidende Entwicklungen des Historismus, der Art Nouveau, des Jugendstils, der Wiener Secession, des Expressionismus und der Art Déco in Europa sowie der neuen Werbung in den USA. In der Ankündigung heißt es: »Die Künstler behandelten im Medium Grafik vor allem moderne Themen wie Sport, Mode, Politik, Technik und Alltag und legten den Grundstein für das heute so selbstverständliche Corporate Design, für ein professionalisiertes Grafikdesign und für eine Ästhetik der Werbung. Plakate, Buchtitel,

Kalender, Postkarten, Geschäftskarten und Briefbögen waren damals ein hoch aktuelles Thema.«

Zu den Ausstellungsexponaten zählen deshalb berühmte und vielen sicherlich bekannte Plakate von Henri de Toulouse-Lautrec und Alfons Mucha. Postkarten, Briefköpfe und Bucheinbände sind zu sehen, aber auch die Firma Maggi kommt mit ihrer legendären, uns noch immer geläufigen Werbung zur Geltung. Auch wenn vor gut 100 Jahren farbige Illustrationen eher noch eine Seltenheit waren, veranschaulicht die Ausstellung doch den Durchbruch zu einer modernen Formen- und Bildersprache.

Das damals entwickelte Design und die Grafik bestimmen unseren Alltag bis heute. Wer sich also mit den Anfängen von »visueller Kommunikation«, mit der wir von morgens bis abends konfrontiert sind, beschäftigen möchte, ist im Kunstgewerbemuseum richtig. Die Ausstellung ist dienstags bis sonntags zwischen 11 und 18 Uhr (donnerstags bis 21 Uhr) geöffnet, der Eintritt kostet acht Euro, ist an Donnerstagsabenden ab 17:00 Uhr auf fünf Euro reduziert, Jugendliche bis 18 Jahre haben freien Zugang!

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de](mailto:joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de) oder [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de).

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Bucceriusstr. 2, 20095 Hamburg.